

Ökonomische Zwänge und akademische Freiheit

Gero Fischer

Vorbemerkung

Die Finanzkrise ist Alltag geworden, die Bevölkerung wird täglich auf allfällige notwendige Opfer eingeschworen, die finanziellen Nöte zu „verstehen“ und das notwendige Scherflein beizutragen. Die Propagandaschlacht hat auch den tertiären Bildungssektor erreicht. Die Folgen sind absehbar: Retro, Rückbau statt Offensive in Richtung einer vielfältigen Bildungslandschaft.

Kosten und Finanzierung des Studiums

Die Auseinandersetzungen um Gegenwart und Zukunft des Hochschulwesens ist geprägt von der Finanzierungsfrage, vor allem davon wer wie viel dazu beitragen soll. Die Frage hingegen, dass die Lebenshaltungskosten der wesentlich größere Brocken ist, den Familien mit Studierenden zu stemmen haben und dass dies sehr wohl einen gravierenden sozialen Faktor darstellt, ist hingegen kein Thema. Dies nur vorweg.

Studiengebühren

Ein vom Ministerium eingesetzter Expertenrat¹ schlägt Studiengebühren (500 € pro Semester) vor, sie sollen 220 Mill. € Ausgleichszahlungen (über Verhandlungen mit der EU) 280 Mill. € bringen, die Wirtschaft möge ihren Anteil von derzeit 110 Mill. € verdoppeln etc. Die Fachhochschulen sollen „vermehrt in die Finanzierung der universitären Infrastrukturen“ eingebunden werden und eine Entlastung der Universitäten um 100 Mill. € ergeben. Auch die Bundesländer sollen sich stärker bei der Finanzierung der Universitäten und der FH engagieren - sie haben bereits heftig abgewunken. Interessant ist bei diesen Vorschlägen wohl folgendes: Bei diesen Vorschlägen sollen den zweithöchsten Beitrag zur Erschließung der Finanzierungspotenziale demnach die Studierenden (bzw. deren Eltern) leisten - und zwar mit einem erheblich höheren Studienbeitrag als bisher (500 € statt 364). Der Beitrag der Wirtschaft war bisher recht bescheiden, liegt mit bisher 110 Mill. € deutlich unter den „alten“ Studienbeiträgen, die ca 150 Mill. € einbrachten. Die neuen Studiengebühren werden damit gerechtfertigt, dass deren Entfall die soziale Durchlässigkeit ohne dies nicht garantiere und in Wirklichkeit eine Umverteilung von unten nach oben darstelle. Zu diesem Schluss kann man kommen, wenn man zweierlei außer Acht lässt: den sozialselektiven Charakter des Sekundarschulbereiches und die Tatsache, dass ca 60% der Studierenden berufstätig sind / sein müssen, um sich das Studium zu finanzieren. Es wird seitens der Politik eifrig versprochen, dass die Studiengebühren durch Stipendien sozial abgedeckt werden sollen, was Zweifel aufkommen lässt, wenn man die Höhe der bisherigen Stipendien in Betracht zieht. Erfahrungen aus den USA zeigen vielmehr grundsätzlich folgendes: „Mit dem Anstieg der Studiengebühren hat der Anteil der Studenten zugenommen, die auf Nachlässe angewiesen sind. Er ist im Durchschnitt auf über 40% gestiegen. Die Hochschulen müssen die Einnahmeausfälle, die ihnen durch die Nachlässe per saldo entstehen, durch neuerliche Gebührenerhöhungen kompensieren. Der Circulus vitiosus, der so entsteht, macht insbesondere die privaten Hochschulen abhängig von

¹ Standard 24.8.2011

Studenten aus einkommensstarken Familien, die keine Nachlässe benötigen.“² Nun sind die Studiengebühren in den USA was die Höhe betrifft nicht vergleichbar mit den heimischen Verhältnissen, aber tendenziell wird auch für Österreich zutreffen, dass die Finanzierung der Stipendien aus den Studiengebühren auf Kosten letzterer geht und früher oder später zu einer Aufwärtspirale führt. Dass Studiengebühren Steuerungseffekte haben ist sicher, bleibt nur die Frage welche und ob diese wünschenswert sind oder nicht. Und: Diese Steuerungseffekte sind sozioökonomisch nicht neutral. D.h. wer es sich leisten kann, für den haben in einem wesentlich geringeren Ausmaß Steuerungsmaßnahmen wie Zugangsbeschränkungen, Warteschlangen uä. Auswirkungen als für jemanden, der exakt und knapp kalkulieren muss. D.h. mit den Studiengebühren und der Frage der Studienzulassung ist immer die soziale Frage verbunden. Neben der Forderung nach 500 € pro Semester Studiengebühr wird seitens des Ministeriums ein anderer Vorschlag sog. „dynamischer“ Hochschulgebühren³ ventilliert. Worin die Dynamik liegen soll, bleibt vorerst unklar, es heißt, bei der Höhe dieses Typs an Studienbeiträgen könnte die „Qualität“ der jeweiligen Hochschule oder Studienrichtung eine Rolle spielen d.h. in „Rechnung gestellt“ werden. „Autonome Studiengebühren“ ganz nach neoliberaler Denkart, die nicht mehr vom Staat sondern jeder Uni nach eigener Kalkulation eingehoben werden, würden „billigere“ und „teurere“ Studien zur Folge haben. Es könnte z.B. ein Mathematikstudium in Wien einen anderen „Preis“ haben als in Innsbruck oder Graz. Das Resultat wäre wohl ein „bildungspolitischer Entsolidarisungskahlschlag“⁴ und die Finanzierung der Universitäten ist dadurch trotzdem nicht gesichert. Auch die Überlegung eines erhöhten Inkassos bei Nicht-EU-Studierenden dürfte in einer Sackgasse enden, da dies als diskriminierende Abzocke der Festung EUropa von den betroffenen Ländern aufgefasst werden müsste. Nun, die Sachen sind im Fluss, die Vorschläge hinsichtlich Studiengebühren sind noch nicht fertig ausgearbeitet, werden alsbald vorgelegt werden. Inwieweit die in einigen Jahren in Aussicht gestellte Studienplatzfinanzierung die Lösung bringt, muss sich erst weisen, denn die zentrale Frage bleibt: Können dann in der Tat alle, die es wollen und können einen Studienplatz finden? Das würde auf jeden Fall heißen, dass die Mittel gegenüber dem aktuellen Stand drastisch erhöht werden müssten. Und das ist schließlich der Punkt um den sich die Hochschulpolitik dreht und windet.

Die Frage der Finanzierung des Studiums kann sich nicht in der Debatte um die Studiengebühren erschöpfen, die übrigens nur einen bescheidenen Teil der Kosten des Hochschulwesens aufbringen können. Angesichts der unvorstellbaren Summen, die für Auffangoperationen für die sieche Finanzwirtschaft, im Zuge der Privatisierungen geflossenen „Schmiermittel“ vorhanden waren, ist es schwer sich vorstellen zu müssen, dass das Bildungs- und Hochschulwesen in Österreich nicht finanzierbar sein sollte. Die übrigen vom Expertenrat angesprochenen Finanzierungsquellen außer den Studiengebühren erscheinen nicht sehr realistisch, da dafür der Wille zur politischen Umsetzung fehlt.

Gesamtkosten des Studiums - bzw. die soziale Frage

Interessanter Weise sind die realen Kosten, die den Eltern bzw. denjenigen, die das Studium finanzieren, und die Kosten der Studiengebühren um ein Vielfaches übertreffen, die Lebens-

² E.F.Darraz - G.Lenhardt - R.D.Reisz - M.Stock: Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit. Jenseits von Markt und Staat: Hochschulen in der Weltgesellschaft. Bielefeld, 2010, S.133

³ <http://oe1.orf.at/artikel/284483>

⁴⁴ Standard 13.9.2011

haltungskosten der Studierenden, so gut wie kein Thema des politischen Diskurses. Diese Kosten müssen wohl real mit mindestens 700 € angesetzt werden, wenn wir von „3,85 Mio. unselbständig Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) ein mittleres Bruttojahreseinkommen von 24.449 €“⁵ (Zahlen für 2009) annehmen, das ergibt ein monatliches Durchschnittseinkommen (14x jährlich) von ca 1746 € brutto. Ziehen wir nun die enorme Einkommensschere in Österreich in Betracht, so ist allein der Faktor aussagekräftig, dass der finanzielle Spielraum für eine erhebliche Anzahl von Familien und vorallem für AlleinverdienerInnen mit dem Durchschnittseinkommen gering und der Kostenfaktor Studium (vorallem wenn der Studienort nicht gleich der Wohnort ist) erheblich ist und sehr wohl eine soziale Barriere darstellen kann. Die Lebenshaltungskosten werden durch die Stipendien derzeit nicht einmal annähernd gedeckt. Eine entsprechende wirksame quantitative Ausweitung und Erhöhung der Stipendien zur Abdeckung der Lebenshaltungskosten unter den aktuellen Sparzwängen kaum vorstellbar. So steht der Vorschlag von Studentenkrediten im Raum, mit denen sowohl die universitäre Lehre als auch die Lebenshaltungskosten finanziert werden sollen. Dies ist insoferne problematisch, da ein erheblicher Teil der Absolventen die Universitäten mit einem nicht unerheblichen Schuldenberg (z.B. von einigen Zigtausend €) verlassen, der sich für Existenzgründungen - insbesondere für sozial Benachteiligte - sehr negativ auswirken kann.⁶

Dazu noch ein leicht übersehenes Faktum: Das kostenlose öffentliche Schulwesen schließt nicht aus, dass sozial Benachteiligte (insbesondere Migranten) trotz Gebührenfreiheit in erhebliche finanzielle Bedrängnis geraten können, da sie für eine wachsende Zahl von Selbsthalten und Beiträgen (für Sachaufwände, Schulveranstaltungen, Schikurse, Exkursionen, Auslandsfahrten u.dergl.) im Laufe eines Schuljahres aufzukommen haben. Die effektiven Gesamtkosten für Schulausbildung und Studium sind aus dem Kontext der konkret gegebenen Einkommensverhältnisse zu interpretieren, da darf man von der unteren Mittelschicht abwärts hinsichtlich der finanziellen Belastbarkeit keine Illusionen machen.

Abschließend dazu: Wir erleben derzeit einen Widerspruch der sich darin äußert, dass sich gewisse Politiker den Mund fusselig reden, wenn es um Förderung der Familien, der Kinder geht, aber nichts dabei finden, eben diese um (erhöhte) Studiengebühren zu schröpfen und im gleichen Atemzug sich gegen einen adäquaten Solidaranteil von Großkapital- und Vermögen sträuben.

Das Hochschulwesen im Würgegriff finanzieller Vorgaben

Es sind verschiedene ökonomisch bedingte Faktoren, die sich repressiv auf den universitären Alltag auswirken.

- Die Hochschulpolitik mit ihrer Ressourcenverknappung erzwingt eine Beschränkung des Hochschulzuganges überhaupt. Verschiedenste Aufnahmeverfahren haben in erster Linie die Aufgabe und das Ziel, die Zahl der Bewerber zu senken, abzuschrecken, etc. Würde es wirklich darum gehen, die „Geeignetsten und Besten“ auszuwählen, dann müssten ganz andere Verfahren gewählt werden, die aber aus Kostengründen nicht in Frage kommen. Auch die zunehmende Verbreitung der Multiple-Choice-Prüfungen in einer wachsenden Zahl von Studienrichtungen ist auf den ökonomischen Zwang zu-

⁵ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html

⁶ Die Diskussion über Studiengebühren ist alt und kontroversiell, siehe auch: <http://www.studis-online.de/HoPo/Hintergrund/studiengebuehren.php#a9>

rückzuführen, mit den herrschenden miserablen Betreuungsverhältnissen diese Studien überhaupt noch realisieren zu können. Als absolut nicht hilfreich erwiesen und erweisen sich die jüngsten Vorschläge seitens der Politik, die Studentenströme zu kanalisieren. Da ist einmal die Idee von der verpflichtenden Voranmeldung (bis 31.8.), deren Nichtfunktionieren und Debakel vorhersehbar war - nur wenige Studienrichtungen haben es gewagt, diesen Nonsens zu boykottieren. Das Zahlenmaterial hat keineswegs - wie vorhergesagt - zur besseren Planbarkeit für die Studienrichtungen beigetragen sondern vielmehr zu chaotischen Verhältnissen. Ein weiterer negativer Effekt dieser Maßnahme ist, dass sich die Studierenden mit der Anmeldung schon auf (ein oder mehrere) Studien festgelegt haben und diese selbst innerhalb der Inskriptionsfrist nicht mehr ändern können. Früher hingegen, hatten sie bis Ende November Zeit sich definitiv für eine konkrete Studienrichtung zu entscheiden, nachdem sie schon mehrere Wochen Studienrealität erlebt haben.

- Für die vom Ministerium verfügte „Studieneingangs- und Orientierungsphase“ / STEOP war viel zu wenig Vorbereitungszeit, da dafür erhebliche Eingriffe in die Curricula notwendig waren. Wenn man bedenkt, dass die STEOP angeblich ohnedies nur eine Übergangslösung für wenige Jahre sein soll, so hat sie zumindest für einige Monate die Arbeit vieler Hochschullehrer blockiert, die in der Ausarbeitung der STEOP involviert waren. Wie sich die STEOP bewähren wird, wird sich erst ab dem kommenden WS 2011/12 herausstellen, sicher ist jedoch schon jetzt: Für Orientierung oder Beratung bzw. Betreuung (bezüglich Studienwahl) der Studienanfänger ist so gut wie nichts, selektierende Prüfungen hingegen sehr wohl vorgesehen. Die Leidtragenden sind dabei wiederum die Studierenden: Da die STEOP nicht von allen Studienrichtungen jedes Semester angeboten werden kann, ergeben sich für viele Studierende zwangsläufig Leerläufe und Wartezeiten von bis zu einem Jahr, was nicht zuletzt auf die Studiendauerstatistik drückt (das wohl kleinere Übel) vor allem aber die Studienkosten für die Studierenden bzw. deren Eltern erhöht. D.h. die STEOP benachteiligt in der praktizierten Form sozial Schwächere ganz eindeutig. Da die STEOP als „Orientierungsphase“ nicht taugt und für die Studienanwärter auch zu spät kommt - eine solche Orientierung müsste schon in der Oberstufe des Sekundarschulwesens geschehen - hat sie ausschließlich die Funktion der Reduktion und Verdrängung einer möglichst großen Zahl der Studierwilligen. Die STEOP war und ist Resultat eines politisch motivierten hektischen aktionistischen Kompromisses, nicht ausreichend durchdacht hinsichtlich der Sinnhaftigkeit und der Folgen. Es ist unschwer vorrauszusagen, dass die curricularen Arbeitsgruppen in den kommenden Semestern wieder Sonderschichten fahren müssen.
- Der Sparzwang und die chronische Unterfinanzierung der Universitäten haben dazu geführt, dass auch das Studienangebot zu leiden hat. Gab es z.B. früher ein breites Angebot an Sprachen, das allen Studierenden offen stand („LV für Hörer aller Fakultäten“) so kann man diese Kurse heute nur noch kostenpflichtig in einer der Universität zugeordneten GesmbH besuchen. In vielen Studienrichtungen wird überhaupt nur noch das Pflichtprogramm angeboten, weil für Alternativen kein Geld vorhanden ist. Die Bologna-Architektur hat diese Verhältnisse noch verschärft. Das Studium ist hinsichtlich seines Lehrangebotes zweifellos fader geworden, die Studierenden haben keine Wahl mehr sondern müssen nehmen, was geboten wird und können sich nicht

einmal da sicher sein, dass sie, wenn sie inskribiert sind, in allen obligatorischen LV aus Kapazitätsgründen auch aufgenommen werden. In vielen Studienrichtungen müssen sie in einem abstrusen Anmeldesystem wie an der Börse auf LV ihrer Wahl eine bestimmte Punktezahl setzen und hoffen, dass ihre Entscheidung zieht und sie in die LV aufgenommen werden. Derart herrschende Studienbedingungen sind schlichtweg unzumutbar und ein Skandal.

- Aber auch die Lehrenden sind von diesen Entwicklungen betroffen: Sie sind angehalten nur noch die LV zu halten, die im Curriculum vorgesehen sind, weitere können aus Ressourcenknappheit nicht angeboten werden. Das bedeutet aber, dass z.B. neuere Forschungsergebnisse, interdisziplinäre Sichtweisen u.dgl. es immer schwerer haben innerhalb des Lehrbetriebes kommuniziert zu werden.
- Kaum mehr planbar geworden sind auch akademische Karrieren. Die erforderlichen Qualifikationen reichen nicht mehr für die Perspektive einer dauerhaften Anstellung an einem Institut, wenn das Personalbudget nicht vorhanden ist, gekürzt bzw. für andere von der Universitätsleitung bestimmte strategische Ziele verwendet wird. Dadurch entgehen der akademischen Forschung und Lehre viele Talente.
- Dazu passt auch, dass ab 1.1.2012 die Förderungen für wissenschaftliche Publikationen, Symposien u.ä. seitens des Ministeriums eingestellt werden. Dies wird erhebliche Auswirkungen vor allem aber für Nachwuchsforscher haben und die Chancen ihre Arbeiten zu veröffentlichen. Auch wissenschaftliche Verlage werden gefährdet. Unbekannte Autoren, Arbeiten zu neuen Wissensgebieten zu verlegen wird somit für die meisten Verlage zu einem zu großen finanziellen Risiko.
- Zum Schluss noch ein kleines Beispiel: Obwohl in Carnuntum sensationelle archäologische Entdeckungen gemacht wurden, kann auf unabsehbare Zeit mit Grabungen nicht begonnen werden, da dafür das Geld fehlt. Diese internationale Blamage kratzt die herrschende politische Kaste aber nicht im Geringsten.

Diverses vom kreativ-bunten Markt der Ideen oder: „Uni-Zugang soll weniger frei werden“⁷

In diesen Krisenzeiten wird auf dem Ideenmarkt allerhand angeboten und gehandelt.

- Auch Bildung wird als Handelsware gedeutet und steht wie am Viehmarkt für Tauschgeschäfte und erst recht politische Kuhhändler ernsthaft zur Disposition, sozusagen nach dem Motto „tausche die ‚Kuh‘ Gesamtschule gegen den ‚Schecken‘ Studiengebühren mit Vorselektionsverfahren“. Wir befinden uns noch in der folkorehaltigen Phase des Feilschens, der Handelseinigkeit besiegelnde Handschlag ist noch nicht erfolgt. Das will sagen, es geht nicht um nachhaltige Perspektiven, sondern nur um billige parteipolitische Besitzstandswahrung und Machterhaltung. Der Zustand der Bildung verkommt zur Nebensache.
- Eine Frage muss sich die Bildungspolitik nicht nur gefallen lassen sondern sie sollte sie auch schlüssig beantworten: Es geht um strategische Entscheidungen: Wozu das Primar- und Sekundarschulwesen durchlässig machen, die Quote der „Studierfähigen“ anheben, wenn gar nicht vorgesehen ist, dass sie alle den Bildungsweg des tertiären Sektors beschreiten dürfen. Wäre es da nicht ökonomischer, auf Reformen wie

⁷ Schlagzeile im Standard 24.8.2011

Neue Mittelschule oder Gesamtschule zu verzichten und es bei den sozialselektiven Bildungseinrichtungen des 19. Und 20. Jh. belassen und nur eng definierten „Eliten“ - wie auch immer sie zu definieren wären - den Zugang zu den Hohen Schulen ermöglichen. Und was sollen diejenigen Studierwilligen machen, die nicht auf der Universität angenommen werden? Die FH haben bei Weitem nicht die Kapazität diesbezüglich die Universitäten quantitativ zu „entlasten“.

- Im politischen Diskurs wurde auch die hohe Zahl (98 000, das wäre ca 1/3) „inaktiver“ Studenten entdeckt. Dieses Phänomen ist schon lange bekannt, eigenartig ist bloß, dass bisher noch nicht untersucht wurde, warum diese Studierenden „inaktiv“ sind, was für eine Rolle die soziale Herkunft spielt etc. und ob bzw. wann sie vielleicht doch fertig studieren oder andere Karrieren machen. Solange die Ursachen nicht erhoben sind, werden kaum sinnvolle, treffsichere und nachhaltige Maßnahmen getroffen werden können. Es muss auch die Frage gestellt werden, warum dieses Faktum noch nicht untersucht wurde und warum es bisher offensichtlich niemand wirklich interessiert hat. Die abstrakt-vage Androhung, „die Studierenden stärker in die Pflicht zu nehmen“ ist vorerst einmal Theaterdonner - und man muss fast zynisch anmerken: Es ist auch gut so, denn würden alle diese „Inaktiven“ plötzlich die Hörsäle und Prüfungstermine stürmen, dann stünde ein wahres Chaos bevor.
- Widersprüchlich ist der Vorschlag die „Studenten [zu] zwingen, vor Beginn des Studiums ihre Motive und Neigungen darzustellen“⁸. Problematisch ist die Sprache, die Vorstellung des obrigkeitstaatlicher „Obsorge“, aber sei es. Die Idee, dass die Studierwilligen ihre Studienvorstellungen und Wünsche formulieren hat sich international bewährt, ist aber enorm aufwändig und unter österreichischen Bedingungen so gut wie undurchführbar. Wer (d.h. welches akademisches Personal) soll z.B. die eintreffenden Motivationsschreiben (Hunderte bis viele Tausende) durcharbeiten und (in kurzer Zeit) darauf reagieren (d.h schriftlich oder mündlich mit den Kandidaten ein Interview durchführen)? Ein Vorschlag dieser Art scheitert an den physischen Grenzen der personellen Ausstattung der meisten Studienrichtungen. Daher realisieren die meisten Aufnahmeverfahren Multiple-Choice-Tests weil sie die billigsten sind. Die materialien Voraussetzungen erzwingen den Weg der niedrigsten Kosten und ermöglichen nicht den der höchsten Qualität.
- Einige scheinen den ganz großen Durchblick zu haben: SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter⁹ gibt die Schuld an den chaotischen Zuständen, die viele Universitäten quälen, diesen selbst: „Die Unis müssen weggehen vom mittelmäßigen Schulbetrieb.“ Aha. Seine Lösung wäre: Wenn die Hochschulen E-Learning und „Distance-Learning“ stärker einsetzten und mehr Lehrveranstaltungen am Abend angeboten würden, gäbe es keine großen Kapazitätsprobleme. Doch die Unis würden eine „Nichtbereitschaft zu Reformen“ an den Tag legen. - Dazu kann man nur sagen: Gott sei Dank halten sich die Unis nicht an die an die Vorschläge des Herrn Matznetter, dem die realen Verhältnissen an den Unis offensichtlich fremd sind ignoriert, was Studium eigentlich sein soll. Dieser Politiker hätte seine Ahnungslosigkeit ja nicht outen müssen. Dazu noch quasi zur Ehrenrettung der SPÖ, diese Partei

⁸ Die Presse, 26.8.2011, S.23

⁹Aussagen zitiert nach <http://diepresse.com/text/home/bildung/universitaet/685131/685075/Matznetter-gibt-Unis-Schuld-an-ihrer-Misere>, 12.8.2011

hat Zeiten (in der Ersten Republik) erlebt, als sie in der Bildungspolitik bahnbrechende Anstöße geliefert hat.

- Ein weiteres Modell, Kosten in der Lehre zu sparen funktioniert folgendermaßen: Statt sagen wir 15 Unterrichtseinheiten werden nur 10 real gehalten, der Rest wird auf „Selbststudium“ verwiesen. Als Modell flächendeckend angewandt reduziert es die Kosten für die Lehre erheblich, da die Unterrichtenden nur für die real gehaltenen Stunden entschädigt werden. Der Begriff „Selbststudium“ suggeriert, dass die Studierenden „nur“ in den LV sitzen und weiter nicht gefordert sind. Es mag LV geben, größere Phasen inkludierten Selbststudiums durchaus sinnvoll sind, aber das muss sich aus dem Curriculum ergeben und nicht aus Kostengründen, die wie die Praxis zeigt, die stärkeren Argument sind. Für die Studierenden verschlechtert sich durch dieses Modell der Stundenreduktion die Betreuung und insoferne letztlich auch die Qualität der Ausbildung, da sie um die Möglichkeit gebracht werden, das, was sie sich durch die Auseinandersetzung mit der Literatur selbst erarbeitet haben, gemeinsam mit den Vortragenden zu reflektieren. MaW. sie werden um einen wichtigen Teil des akademischen Diskurses betrogen.

Schlussbemerkungen oder: Der Preis der Ökonomisierung

Die Reformen der Hochschulen standen u.a. unter dem Stern effizienteren und damit wirtschaftlicheren Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen. Den Studien wurden in Folge stromlinienförmigere curriculare Korsette verpasst, die wirtschaftlichere weil kürzere Durchlaufzeiten versprochen. Die derzeit herrschenden Bedingungen machen das Studium unattraktiv, zwanghaft und unvergleichlich mit den Verhältnissen vor Jahrzehnten. Die alten Diplomstudien forderten die Studierenden insoferne heraus, als diese für sich herausfinden mussten, was für sie wichtig und relevant war. Das setzte eine gewisse Reife voraus, bzw. intensive Auseinandersetzung mit dem gewählten Fach. Die neuen verschulnten Curricula der Bologna-Ära lassen eine Selbstreflexion der Studierenden gar nicht zu, das wäre nach der Logik der Neuen Ökonomie Zeitverschwendung und daher sind auch die Curricula so gestrikt, dass die Studierenden gar keine Wahl haben. Die neuen Curricula fördern durch ihre Überdeterminiertheit geradezu die Unselbständigkeit, sie fordern nicht heraus, schon gar nicht die kreativen und innovativen Potenziale. Erst einer Minderheit der Studierenden, die MA-Studien an ihren BA-Abschluss anhängen, wird es leichter fallen, der verordneten Stromlinienförmigkeit zu entkommen. Die Universitäten sind keineswegs „wirtschaftlicher“ geworden, die Kollateralschäden größer als der zu euphorisch erhoffte Nutzen.

Nur einer Minderheit politisch bewusster Kräfte in Österreich ist das Bildungs- und Hochschulwesen ein Herzensanliegen. Aus dem Verlauf des Diskurses über die Finanzierung der Universitäten wird ersichtlich, dass sich Staat und Politik aus der Verantwortung stehlen wollen. Die herrschende politische Klasse sich in Nichtzuständigkeit und Nichtbetroffenheit übend ist nicht im Stande, Auswege oder nachhaltige Zukunftsperspektiven zu zeigen, die nicht in einer Zerstörung der Universität enden. Ihre Analyseansätze und Lösungsvorschläge be-/treffen immer wieder und mehrfach die Studierenden, diese müssen, wenn es opportun erscheint, als Sündenböcke herhalten, wofür sich auch eine eigene diffamierende Lexik eingespielt hat: Schnell landet der Diskurs bei der undifferenziert aber um so mehr verächtliche Re-

de von Numerus-clausus-Flüchtlingen, Bummelstudenten, Inaktiven, Universitäten als sozialen Wärmestuben, pauschal reformunwilligen Universitäten etc.

Da Bildung als Menschenrecht¹⁰ als Forderung politisch nicht angekommen und als Auftrag angenommen wurde, verbreitet sich die Ideologie, wonach das Studium (und bald auch die Forschung) als Privatinteresse von Einzelpersonen anzusehen sei, wofür diese auch im Wesentlichen aufzukommen hätten. Bei den Diskussionen um die Abwehr der „zu vielen“ Studienanwärter muss im Gegenzug auf das Recht auf Bildung als eigenständiges kulturelles Menschenrecht immer wieder hingewiesen und eingefordert werden. Dieses Recht formuliert den Anspruch auf freien Zugang zu Bildung auf allen Ebenen. Durch systematische Unterfinanzierung des Bildungswesens wird dieses Recht hingegen faktisch unterlaufen. Der Staat hat aber dafür zu sorgen, dass dieses Grundrecht zu sichern, indem er die dafür notwendigen entsprechenden Mittel bereitstellt. Das Dilemma in Österreich ist, dass die gesellschaftliche Wichtigkeit von Bildungsfragen weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik einen hohen Stellenwert besitzt.

Die Politik produziert und provoziert Flops in Serie und die Universitäten machen Zähne knirschend mit, Widerstand, zumindest die ärgsten Unsinnigkeiten abzuwehren, ist selten. Das Zeitfenster wird aber enger, eine nachhaltige Hochschul- und Wissenschaftspolitik zu entwickeln, die im internationalen Vergleich bestehen kann. Zur Zeit wird als großer Erfolg dargestellt, dass „aller Voraussicht nach“¹¹ von 2013 bis 2015 eine Milliarde € für die Unis bereit gestellt werden soll. Dies wäre allerdings auch noch keine Zukunftsinvestition, diese Summe erlaubt bloß der derzeitigen qualitativen Status quo aufrecht zu erhalten und nicht mehr ... Kein Grund zur Euphorie, es handelt sich vorerst um eine Ankündigung, um Zusagen, also nur um Worte ...

September 2011

¹⁰ In der ursprünglichen Fassung gemäß Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948,

¹¹ Wissenschaftsminister im Standard 12.9.2011